

Änderungsantrag

der Fraktion der DVU

zum Antrag des Präsidenten des Landtages "Gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt – für ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg", Drucksache 3/943 – Neudruck

Gegen wirtschafts- und arbeitsfeindliche Regierungspolitik – für ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg

Der Landtag möge erklären:

1. Der Landtag Brandenburg bekennt sich zu Weltoffenheit, Toleranz, Ehrlichkeit, Leistungsbereitschaft, Sparsamkeit, Disziplin und Fleiß. Diese preußischen Tugenden sind Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes.
2. Der Landtag bekennt sich zu der Aufgabe und Verpflichtung, jeder Einschränkung der Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Wirtschaft konsequent entgegenzutreten und vielfältige Maßnahmen zu deren Förderung mit dem Ziel einer nachhaltigen Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit einzuleiten. Dies ist zwingende historische Verpflichtung und unverzichtbare Voraussetzung für die Bewahrung der demokratischen Kultur und den Schutz der Zukunftsfähigkeit und des Ansehens unseres Landes. Diese Auseinandersetzung erfordert Ausdauer, Überzeugungskraft und Mut.
3. Der Landtag betrachtet mit großer Sorge die Anzahl der Arbeitslosen im Land. 269.599 Brandenburger waren im März 2005 arbeitslos gemeldet. Der Landtag erklärt seine ausdrückliche Anteilnahme gegenüber den Opfern der Massenarbeitslosigkeit. Er fordert daher ausdrücklich Maßnahmen zur Belegung des Arbeitsmarktes und der regionalen Wirtschaft und lehnt Kürzungen bei staatlichen Investitionen ab. Diese Investitionen müssen auch in Zukunft intensiv weiter vorangetrieben werden.

Datum des Eingangs: 12.04.2005 / Ausgegeben: 12.04.2005

4. Die Akzeptanz wirtschafts- und leistungsfeindlicher Bestrebungen muss nachhaltig zurückgedrängt werden. Dieses hat bereits dort anzusetzen, wo der Sozialisierungsprozess junger Menschen beginnt. Dieser Auftrag richtet sich daher an alle Ebenen der öffentlichen Verwaltungen sowie an alle Bereiche des öffentlichen Lebens und natürlich an jeden einzelnen Bürger. Alle sind gefordert. Hierbei fällt der Schulung in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen eine wichtige Rolle zu. Sie tragen Verantwortung für die Sensibilisierung unserer Jugend und all derer, die mit ihr zusammenarbeiten.
5. Die Wahlergebnisse wirtschaftsfeindlicher Parteien in Deutschland sind eine politische Herausforderung an die zukunftsorientierten Kräfte in unserem Land. Die Reaktion hierauf muss eine Politik sein, die Brandenburgs und Deutschlands wirtschaftliche und soziale Entwicklung fördert und die wirtschaftliche und soziale Zukunft der Bürger sichert.
6. Der Landtag befasst sich regelmäßig, besonders ausführlich aber alljährlich im Vorfeld des "Tages der Arbeit" am 1. Mai, mit der wirtschaftlichen Entwicklung Brandenburgs und der Lage auf dem Arbeitsmarkt.
7. Der Landtag erwartet die weitere Unterstützung wissenschaftlicher Einrichtungen bei der Ursachenforschung für den wirtschaftlichen Niedergang und bei der Grundlagenforschung für den wirtschaftlichen Aufschwung, verbunden mit Handlungsempfehlungen auch für die Politik.

Für die Fraktion der DVU

Liane Hesselbarth
Fraktionsvorsitzende